



ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich
am 30.06.2022

Zu Punkt 8.7
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.06.2022

Wien, 9. Juni 2022

Gesund und sicher durch die Krise

Die seit Jahren andauernde Krise macht vor allem kleinen Selbstständigen schwer zu schaffen. Schon vor der weltweiten Covid-19-Pandemie war die soziale Absicherung der Selbstständigen mangelhaft. Die Pandemie hat diese Situation noch verschärft: Von einfacher Erkrankung bis hin zu psychischen Auswirkungen, Long-Covid, oder sogar einem schweren Verlauf mit intensivmedizinischer Behandlung, sind österreichische Selbstständige mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert. Denn krank zu werden bedeutet Kunden, Geld und Arbeit zu verlieren. Wenn Selbstständige erkranken, stellt das also für viele eine große existenzielle Bedrohung dar. Die Absicherung in Form eines ordentlichen Krankengeldes fehlt, jede ärztliche Behandlung ist mit den Kosten eines Selbstbehalts verbunden und auch der Fall der Arbeitslosigkeit ist nicht automatisch abgesichert.

Damit die Selbstständigen gut und sicher durch die Krise kommen braucht es weitreichende Gesundheitsmaßnahmen und die Umsetzung der Leistungsharmonisierung zugunsten der Versicherten. Immerhin zahlen die Selbstständigen die gleichen Krankenversicherungsbeiträge, es ist also nur fair, wenn sie dafür die gleichen Leistungen erhalten. Außerdem wurde uns diese Leistungsharmonisierung und die Patient:innenmilliarde im Zuge der Zusammenlegung von SVA und SVB zur SVS von der Bundesregierung bereits versprochen, die Umsetzung muss nun schleunigst nachgeholt werden.

Neben der gesundheitlichen Absicherung der Unternehmer:innen, ist auch die finanzielle Absicherung zur Bewältigung der Krise und Existenzsicherung zahlreicher Unternehmen unabdingbar. Denn die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise sind noch nicht vorbei und werden die Selbstständigen noch lange vor große Herausforderungen stellen. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge wäre ein adäquates Mittel um Selbstständige mit einem monatlichem netto Gewinn bis zu 1000 Euro schnell und unbürokratisch finanziell zu entlasten. Außerdem müssen Selbstständige, in ihrer Karenzzeit und Kinderbetreuungszeit unterstützt werden: von der Streichung der Zuverdienstgrenze und dem Aussetzen der Grundumlage bis hin zur Anrechenbarkeit von Kinderbetreuungszeiten für die Pension, gibt es hier einige Maßnahmen die für eine akute Entlastung sorgen können. Und auch der Zuschuss zur Entgeltfortzahlung muss endlich nachhaltig durch eine rechtliche Regelung gesichert sein um Planungssicherheit für kleine Unternehmen zu gewährleisten.

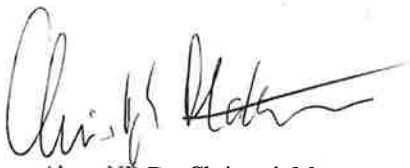
Die soziale Absicherung für Selbstständige und ihre Angehörigen muss endlich mit einem Rechtsanspruch verbunden sein. Krankheiten dürfen kein Grund für den Verlust der beruflichen Existenz und der Lebensgrundlage werden. Es muss der Grundsatz gelten: Gleiche Beiträge, gleiche Leistungen.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer setzt sich dafür ein, dass

- nach dem Prinzip gleiche Leistung für gleiche Beiträge die versprochene Leistungsharmonisierung zugunsten der Versicherten umgesetzt und damit auch der Selbstbehalt für Selbstständige gestrichen wird.
- die Unterstützungsleistung für erkrankte Selbstständige ab dem 4. Tag sofort ausgezahlt wird, und dass eine lückenlose Absicherung im Fall einer langen Krankheit umgesetzt wird.

- eine Anpassung der Bezugsdauer des Krankengeldes und der Wartezeit für eine neuerliche Unterstützungsleistung für Selbstständige an das Niveau von ASVG Versicherten erfolgt.
- endlich eine nachhaltige, nachvollziehbare rechtliche Regelung für den Zuschuss der Entgeltfortzahlung geschaffen wird.
- eine automatische und faire Arbeitslosenversicherung für Selbstständige eingeführt wird.
- die Sozialversicherungsbeiträge für Selbstständige mit einem monatlichen Nettogewinn bis zu 1000 Euro gesenkt werden.
- die Grundumlage und Sozialversicherungsbeiträge im Mutterschutz, der Karenzzeit und bei schwerer Krankheit automatisch ausgesetzt werden.
- die Zuverdienstgrenze während des Bezugs von Wochen- bzw. Kinderbetreuungsgeld gestrichen wird.
- faire Pensionsregelungen für Unternehmer:innen eingeführt werden und Kinderbetreuungs- und Karenzzeiten angerechnet werden.



Abg.z.NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Karheinz Winkler
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Friedrich Strobl
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich
SWV Fraktionsvorsitzender